

Tobias Haas • Isabel Jürgens\*

## Die europäische Landung auf dem Mond? Der European Green Deal als Projekt ökologischer Modernisierung<sup>1</sup>

**Zusammenfassung:** Die Europäische Union steckt in einer Krise. Erstens befindet sich der Prozess der Europäischen Integration selbst in einer tiefen Krise (Stichwort: Brexit). Zweitens gibt es erhebliche Ungleichheiten innerhalb der EU. Drittens spitzen sich ökologische Problemlagen wie der Klimawandel erheblich zu und werden zunehmend politisiert. Der European Green Deal (EGD) ist die Antwort der EU auf diese Krisen. Allerdings handelt es sich dabei lediglich um einen Versuch, die ökologische Modernisierung zu forcieren. Dies gelingt jedoch auch in der Corona-Pandemie bestenfalls punktuell. Um die Krisen zu überwinden, greifen die Ansätze des EGD viel zu kurz.

**Schlagwörter:** Corona, Europäische Integration, Europäisches Konjunkturprogramm, Green New Deal, Resilienz

### The European landing on the moon?

#### The European Green Deal as a project of ecological modernization

**Abstract:** The European Union is in a crisis. First, the process of European integration itself is in a deep crisis (keyword: Brexit). Secondly, there are considerable inequalities within the EU. Thirdly, ecological problems such as climate change are coming to a head and are increasingly politicized. The European Green Deal (EGD) is the EU's answer to these crises. However, it is merely an attempt to push ahead with ecological modernization. However, even in the corona pandemic this will succeed at best only selectively. To overcome the crises, the EGD approaches fall far short.

**Keywords:** Corona, European integration, European Economic Recovery Package, Green New Deal, resilience

---

\* Tobias Haas ist Mitglied der PROKLA-Redaktion. | Isabel Jürgens studiert an der Universität Kassel und ist studentische Hilfskraft an der FU Berlin im Projekt »Die Politische Ökonomie der E-Mobilität«.

1 Vielen Dank an Felix Syrovatka und die gesamte PROKLA-Redaktion für hilfreiche Kommentare und Anregungen sowie der Fritz-Thyssen-Stiftung für die Finanzierung des Projekts »Die Politische Ökonomie der E-Mobilität. Eine Analyse zu den Potentialen und Hindernissen in der Transformation zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik in Deutschland und Europa.«

»This is Europe's man on the moon moment« – mit viel Pathos stellte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, am 11. Dezember 2019 in Brüssel den European Green Deal (EGD) vor. Der EGD deutet an, dass auf europäischer Ebene die Prozesse ökologischer Modernisierung zumindest partiell beschleunigt werden sollen – ob dies gelingen wird und dabei, wie im Papier angekündigt, niemand zurückgelassen wird, sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt offene Fragen. Bemerkenswert ist, dass semantisch einerseits an den New Deal der USA der 1930er Jahre angeknüpft wird, aber unter Auslassung des »New« andererseits eine Abgrenzung stattfindet. Diese dürfte nicht zuletzt deshalb stattfinden, weil das New-Deal-Konzept von progressiven Kräften innerhalb der US-Demokraten aufgegriffen wird und dabei Forderungen nach einer Umverteilung von Einkommen und Vermögen oder einer Stärkung des öffentlichen Sektors erhoben werden<sup>2</sup>. Solche Forderungen lassen sich im Konzept des EGD nicht finden. Gleichwohl werden im EGD durchaus soziale Aspekte, wie etwa die Frage des gerechten Übergangs in Kohleregionen oder Energiearmut, aufgegriffen. Das Konzept des EGD wurde vor dem Hintergrund von zumindest drei Krisendynamiken entwickelt: Erstens hat in den letzten Jahren eine deutliche Zuspitzung und Politisierung diverser ökologischer Problemlagen stattgefunden. Dass die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels vollkommen

unzureichend sind, haben Bewegungen wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion in den letzten Jahren immer wieder unterstrichen. Auch die Klimabilanz der EU ist bisher trotz ambitionierter Dekarbonisierungsziele keineswegs kompatibel mit den Vorgaben aus dem Pariser Klimaabkommen von 2015. Zwischen den Jahren 1990 und 2019 sanken die Emissionen nur um 24 Prozent, was nicht ausreicht, das in Paris vereinbarte Ziel zu erreichen, die Erderwärmung zum vorindustriellen Niveau auf deutlich unter zwei Grad Celsius, idealerweise auf 1,5 Grad zu begrenzen. Ganz zu schweigen von der voranschreitenden Zerstörung der Biodiversität, die zu einem erheblichen Teil auf die Expansion der industriellen Landwirtschaft zurückgeht. Zweitens steckt der europäische Integrationsprozess in einer tiefen Krise, die im Brexit ihren deutlichsten Ausdruck findet. In nahezu allen europäischen Ländern haben sich rechtspopulistische Parteien etabliert, die neben der Hetze gegen Migrant\_innen und den Islam auch die EU als Feindbild auserkoren haben und ihre Auflösung fordern. Drittens, und dies ist einer der Gründe für das Erstarken rechtspopulistischer Parteien, zeichnet sich die EU durch eine ungleiche Entwicklung aus. Während die Staaten aus Nord- und Mitteleuropa aufgrund ihrer starken Exportorientierung und breiten industriellen Basis relativ schnell die Wirtschaftskrise von 2007 fortfolgende überwinden konnten, sind die Auswirkungen in der europäischen Peripherie noch deutlich spürbar. Diese Unterschiede werden auch in den jüngsten Auseinandersetzungen um die Bearbeitung

2 »Here's what the Green New Deal actually says« (2.3.2020), <https://edition.cnn.com>.

der Corona-Krise sichtbar (Schneider/Syrovatka 2020).

Der EGD versucht eine Antwort auf diese Krisen zu geben, indem er die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie imaginiert und zugleich ein zukunftsweisendes Projekt für die EU skizziert. Er knüpft an den »Mythos eines grünen Europas« (Lenschow/Sprungk 2010) an. Denn das Selbstbild, eine Vorreiterin in der Klima- und Umweltpolitik zu sein, war durchaus eine wichtige legitimatorische Grundlage für den europäischen Integrationsprozess in den letzten Jahrzehnten. Dabei wird im Kontext des EGD immer häufiger auf den Resilienz-Begriff rekurriert, der im vergangenen Jahrzehnt auch in der europäischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik eine große Aufmerksamkeit erfahren hat (Syrovatka 2019). Doch was steht im EGD-Papier, welche Schwerpunkte werden gesetzt, was wird ausgelassen und mit welchen Umsetzungsperspektiven ist der EGD gerade in Anbetracht der Corona-Krise verbunden?

## Ökologische Modernisierung statt Green New Deal

Der EGD ist eine der aktuell sechs Prioritäten der Europäischen Kommission und soll für die zukünftige europäische Klima- und Umweltpolitik Orientierung bieten. In ihm werden alle umwelt- und klimapolitischen Strategien und Vorhaben gebündelt. Nachdem im Klima- und Energiepaket aus dem Jahr 2014 eine Emissionsreduktion von 40 Prozent bis zum Jahr 2030 anvisiert wurde, werden mit dem EGD nun ambitioniertere Ziele formuliert: Bis 2030 ist eine Reduktion um 50 bis 55 Pro-

zent angestrebt. 2050 soll schließlich die vollständige Klimaneutralität erreicht sein (Europäische Kommission 2019: 5). Dafür werden im Laufe des 29 Seiten langen Papiers mehr als 40 Maßnahmen vorgestellt – die wenigsten davon sind genau ausbuchstabiert, die Formulierungen bleiben zumeist vage und lassen viel Interpretationsspielraum. Häufig wird auf die Überarbeitung von Strategien verwiesen. Die Maßnahmen konzentrieren sich auf die Bereiche Finanzmarktregulierung, Energieversorgung, Verkehr, Industrie, Handel, Land- und Forstwirtschaft, Klimaschutz und auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung. Neben einer Reihe von Initiativen, neuer Maßnahmen und Strategien, verweist der EGD auf ein Klimagesetz, um das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 rechtsverbindlich zu machen. Im März 2020 wurde dafür von der Europäischen Kommission ein Entwurf vorgelegt<sup>3</sup>. Das Europäische Parlament fordert im Klimaschutzgesetz eine Emissionsreduktion von 60 Prozent bis zum Jahr 2030 zu verankern und geht damit über den Zielkorridor des EGD hinaus<sup>4</sup>. Gegenstand des Klimagesetzes soll auch ein System zur Überwachung klimapolitischer Fortschritte der Mitgliedsstaaten sein. Dies deutet an, dass einerseits durchaus starke klimapolitische Ambitionen mit dem EGD verbunden sind und die Europäische Kommission versucht, ih-

3 »Für Klimaneutralität bis 2050« (4.3.2020), <https://ec.europa.eu/>.

4 »EU-Parlament spricht sich für 60 Prozent CO<sub>2</sub>-Einsparung bis 2030 aus« (7.10.2020), <https://www.euractiv.de/>.

ren Handlungsspielraum zu erweitern. Gleichwohl ist es nicht ausgemacht, dass die Mitgliedsstaaten einer stärkeren klimapolitischen Einflussnahme von europäischer Ebene zustimmen werden. Darüber hinaus proklamiert der EGD weitreichende Ziele: »Es handelt sich um eine neue Wachstumsstrategie, mit der *die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist*« (Europäische Kommission 2019: 2, Herv. i. O.). Damit wird eine absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch imaginiert, die eine lange Diskurstradition hat (und aus der neoklassischen Umweltökonomie hervorgeht), sich aber immer wieder an der Realität bricht.

Dem privaten Sektor wird auf dem Weg zur Klimaneutralität eine Schlüsselrolle zugesprochen und das auch »bei der Finanzierung der grünen Wende« (ebd.: 20). Demzufolge soll eine Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen ausgearbeitet werden, die unter anderem die Integration von Klima- und Umweltrisiken in das Finanzsystem vorsieht. Zunächst wird der EGD aber vorwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert. Mit dem Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa sollen in den nächsten zehn Jahren mindestens eine Billion Euro mobilisiert werden – rund 500 Milliarden Euro aus dem EU Haushalt, knapp 280 Milliarden über Kredite der Europäischen Investitionsbank, 114 Milliarden aus nationalen Mitteln

und der Rest aus privaten Investitionen. Teil des EGD ist auch der sogenannte Just Transition Mechanism (JTM), der emissionsintensive Regionen im Sinne der angestrebten Klimaneutralität unterstützten soll.<sup>5</sup> Insgesamt sollen dafür 100 Milliarden Euro verfügbar sein; aus dem EU-Haushalt werden allerdings nur 7,5 Milliarden in den Fonds fließen. Nicht zuletzt deswegen wurde dieser als »Hütchenspielertrick«<sup>6</sup>, in dem Mittel nur verschoben und nicht neu mobilisiert werden, kritisiert. Die Einrichtung des JTM kann aber auch als Antwort auf die Kritik einiger Mitgliedsstaaten, wie Polen und Tschechien, verstanden werden. Diese drohten aufgrund der starken ökonomischen Abhängigkeit von Braun- und Steinkohle mit einer Ablehnung des EGD.<sup>7</sup> Doch nicht nur vonseiten der Mitgliedsstaaten wurde der EGD beeinflusst, sondern auch von diversen Kapitalverbänden und Unternehmen. So versuchte beispielsweise der Ölkonzern ExxonMobil im EGD statt strenger CO<sub>2</sub>-Abgasnormen für Fahrzeuge die Ausweitung des Europäischen Emissionshandelssystems (EU EHS) durchzusetzen. Dies wird jetzt im EGD zumindest in Erwägung gezogen, ungeachtet der bisher mehr als dürftigen Bilanz des EU EHS (ebd.: 13).<sup>8</sup>

5 »The European Green Deal Investment Plan and Just Transition Mechanism explained« (14.1.2020), <https://ec.europa.eu>.

6 »Eine Billion für das Klima: Kritik an Finanzierung des „Green Deals“ der EU« (14.1.2020), <https://www.rnd.de/>.

7 »Polens grüne Wendemanöver« (10.12.2019), <https://www.zeit.de/>.

8 »ExxonMobil attempts to influence the European Green Deal« (6.3.2020), <https://influencemap.org/>

## Kritik des EGD

Während der EGD von der europäischen Öffentlichkeit vorwiegend wohlwollend aufgenommen wurde und selbst Mitglieder konservativer Parteien sich positiv auf ihn bezogen, kritisierten umweltpolitische Organisationen früh den Mangel an verbindlichen Zielen und konkreten Maßnahmen. Darüber hinaus entzündete sich die Kritik an der fehlenden Ausweisung von Atomkraft und Erdgas als »schmutzige Energiequellen« (Bund für Umwelt und Naturschutz 2020: 3) und der fehlenden generellen Abwendung von fossilen Brennstoffen<sup>9</sup>. Hindernisse einer wirkungsvollen Umwelt- und Klimapolitik werden im EGD kaum adressiert. Dagegen sind »neue Technologien, nachhaltige Lösungen und bahnbrechende Innovationen [...] für die Verwirklichung der Ziele des europäischen Grünen Deals von entscheidender Bedeutung« (Europäische Kommission 2019: 22). Damit werden insbesondere drei Aspekte sichtbar:

Erstens setzt der EGD nahezu ausschließlich auf Innovation und Technologie unter dem Primat der Technologieoffenheit. Die ambitionierten Dekarbonisierungsziele sollen durch den Einsatz von Technologien erreicht werden, die bisher noch nicht zur Verfügung stehen: »Die Industrie in der EU braucht Vorreiter in den Bereichen Klima und Ressourcen, die bis 2030 die ersten kommerziellen Anwendungen bahnbrechender Technologien in Schlüsselbranchen entwickeln. Die Schwerpunktbereiche umfassen saube-

ren Wasserstoff, Brennstoffzellen und andere alternative Kraftstoffe, Energiespeicherung sowie CO<sub>2</sub>-Abscheidung, -Speicherung und -Nutzung. So wird die Kommission beispielsweise bahnbrechende saubere Stahltechnologien fördern, die bis 2030 zu einer CO<sub>2</sub>-freien Stahlerzeugung führen sollen [...]« (ebd.: 10). Dementsprechend ist für den EGD auch die Förderung von Innovationen (über das EU Programm Horizon Europe) zentral (ebd.: 22).

Zweitens richtet sich der Fokus des EGD lediglich auf die Sphäre der Produktion, insbesondere auf männlich dominierte Sektoren, sowie den Finanzsektor. Im EGD wird neben dem Innovationsimperativ der Ausbau nachhaltiger und beschäftigungsintensiver Wirtschaftstätigkeiten vor allem im Textil-, Bau-, Elektronik- und Kunststoffsektor proklamiert. Auch die Stahl-, Chemikalien- und Zementindustrie wird als für die europäische Wirtschaft unverzichtbar beschrieben (ebd.: 8f.). Die Nichtberücksichtigung sozialer und gesundheitsbezogener Dienstleistungen ist gerade vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, eine Leerstelle des EGD-Konzepts. Die soziale Reproduktion müsste systematisch einbezogen und aufgewertet werden und damit ließen sich auch Anknüpfungspunkte für alternative Wohlstandsverständnisse schaffen, jenseits der Wachstums-, Innovations- und Technologiefixierung, wie sie auch im EGD fest verankert sind (zur Kritik der Geschlechtsblindheit von Green-New-Deal-Debatten siehe Bauhardt 2019).

Drittens ist der EGD eingebettet in globale Ungleichheitsverhältnisse und diese sollen fortgeschrieben werden. Ökologische Schulden werden nicht

9 »European Green Deal misses the mark« (11.12.2020), <https://www.greenpeace.org/>.

erwähnt und der Zugriff auf Ressourcen im Globalen Süden wird unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit für die europäische Industrie verhandelt (Europäische Kommission 2019: 27). So wird zwar einerseits der hohe Rohstoffverbrauch als Problem beschrieben, soll aber nur durch Recycling und Prüfung eines »Rechts auf Reparatur« reduziert werden.<sup>10</sup> Andererseits suggeriert das Konzept der Kreislaufwirtschaft im EGD die mögliche Abkopplung des Wirtschaftswachstums von der Ressourcennutzung. Dies wird besonders sichtbar in den Ausführungen zur Digitalisierung, die als »entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele des Grünen Deals« (ebd.: 11) benannt, deren ressourcenpolitische Voraussetzungen allerdings weitgehend außen vor gelassen werden (Reckordt 2019). Zudem trägt die Digitalisierung sowohl in der EU als auch im globalen Maßstab erheblich zum Wachstum der Energienachfrage bei. Die durch Informations- und Telekommunikationstechnologien bedingte Energienachfrage stieg bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie um neun Prozent jährlich an und war im Jahr 2018 bereits für 3,7 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.<sup>11</sup> Auch in Zukunft ist nicht davon auszugehen, dass die Digitalisierung im Rahmen einer kapitalistischen Wachstumsökonomie zu einer Reduktion der globalen Umweltprobleme beitragen wird (Lange/Pohl/Santarius 2020).

10 »Changing how we produce and consume« (11.3.2020), <https://ec.europa.eu/>.

11 »Lean ICT – Towards Digital Sobriety« (März 2020), <https://theshiftproject.org/>.

## EGD und Corona

Wenige Monate nach der Verabschiedung des EGD nahm die Corona-Pandemie an Fahrt auf. Insofern stellt sich momentan, wie nach der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise vor gut zehn Jahren die Frage, ob tatsächlich umgesteuert wird. Es lässt sich festhalten, dass die EU-Kommission versucht, ihre Kompetenzen auszuweiten, indem finanzielle Spielräume ausgeweitet und dafür Kompromisse mit und zwischen den Mitgliedsstaaten gesucht werden. Eine Forcierung der ökologischen Modernisierung lässt sich jedoch bis dato nicht feststellen.

Zunächst haben alle Mitgliedsstaaten nach dem Lockdown im März 2020 Konjunkturpakete mit teils umfangreichen Hilfsmaßnahmen für betroffene Branchen aufgelegt. Auch die EU hat ein Konjunkturprogramm aufgelegt, das sogenannte European Recovery Program (ERP). In Zentrum des ERP stehen das Aufbauminstrument Next Generation EU und die Aufstockung des langfristigen Haushalts der EU (2021 bis 2027). Mit einem Umfang von 750 Milliarden Euro, von denen 390 Milliarden als Zuschüsse und 360 Milliarden als Kredite bereitgestellt werden, sollen insbesondere diejenigen Mitgliedsstaaten unterstützt werden, die wirtschaftlich besonders unter der Corona-Krise leiden. 37 Prozent der Gelder des Next Generation EU (beim gesamten EU Haushalt von 2021 bis 2027 sind es 30 Prozent) sollen auf die ökologische Modernisierung ausgerichtet werden.<sup>12</sup> Dass die Umwelt- und

12 »COVID-19: Council agrees its position on the Recovery and Resilience Facil-

Klimaschutzkriterien dafür allerdings sehr vage bleiben, wird insbesondere von Umweltorganisationen kritisiert (Deutsche Umwelthilfe 2020). Zudem verzögert sich aufgrund der Corona-Pandemie die Verabschiedung diverser Initiativen des EGD.<sup>13</sup> Darüber hinaus droht der EGD und die europäische Klimapolitik an öffentlicher Aufmerksamkeit zu verlieren, ähnlich wie dies in der letzten großen Krise der Fall gewesen ist. Die jüngsten Beschlüsse zur Weiterführung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) deuten nicht auf eine Trendumkehr hin, weg von der massiven Subventionierung der großindustriellen Agrarwirtschaft.<sup>14</sup>

Gleichwohl bleibt es offen, ob es in den einzelnen Feldern (Strom, Wärme, Mobilität, Landwirtschaft, Industrie) in Zukunft zu einer forcierten ökologischen Modernisierung kommt und ernsthafte Ansätze in Richtung einer Kreislaufwirtschaft verfolgt werden. Zudem wird sich zeigen, ob es der Europäischen Kommission gelingt, zusätzliche Kompetenzen an sich zu ziehen und die Ungleichgewichte innerhalb der EU abzumildern. Eine Besonderheit des ERP ist, dass die EU dafür erstmals Anleihen aufnimmt. Um diese zu bedienen will die EU eigene Einnahmequellen erschließen: 2021 wurde bereits eine Steuer auf nicht recyclebares Plastik eingeführt, zudem sollen Entwürfe für

---

ity« (9.10.2020), <https://www.consilium.europa.eu/>.

13 »Klimapolitik in Zeiten von COVID-19 und deutscher EU-Ratspräsidentschaft« (18.7.2020), <https://www.treffpunkteuropa.de>.

14 <https://fridaysforfuture.de/votethiscapdown/>

eine Digitalsteuer und eine CO<sub>2</sub>-Grenzsteuer<sup>15</sup> ausgearbeitet werden.

In Anbetracht der großen Herausforderungen ist jedoch eher davon auszugehen, dass in nächster Zeit eine Form des *muddling-through* vorherrschend bleiben wird. Insofern zeichnet sich momentan (noch) kein Paradigmenwechsel des europäischen Integrationsprozesses hin zu einer sozial-ökologisch ausgerichteten Integrationsweise ab, die die soziale Reproduktion aufwertet und andere, zukunftsfähige Wohlstandsverständnisse abbildet. Von daher wird auch das Streben nach Resilienz erstmal unvollendet bleiben, denn der Grundlage für die Ausbreitung von Pandemien, nämlich die Zerstörung der Biodiversität und der natürlichen Lebensräume, die eine Übertragung der Viren von Tier auf Mensch wahrscheinlicher machen, wird mit dem EGD und der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik wenig entgegengesetzt (Hürtgen 2020). Der EGD bildet somit weitgehend das ab, was Ulrich Brand (2009) für die Debatte um den GND im Jahr 2009 konstatiert hat, dass sie »schillernd und technokratisch« ausgerichtet ist. Der EGD zeichnet sich durch eine Engführung sozial-ökologischer Krisen aus und verharrt im Leitbild einer ökologischen Modernisierung. Technologische Innovationen, wie etwa Wasserstofftechnologien, sollen die gravierenden Umweltprobleme lösen, ohne dass dabei bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse angetastet werden. Allerdings ist der Problemdruck inzwischen deutlich

---

15 Die CO<sub>2</sub>-Steuer soll auf importierte Güter aus Staaten erhoben werden, in denen niedrigere Klimaschutzstandards gelten.

gewachsen, im EGD werden teilweise soziale Aspekte adressiert und auf die Krise des europäischen Integrationsprozesses eingegangen.

In Anbetracht der Fixierung des EGD auf technologische Innovationen bleibt es die Aufgabe von progressiven politischen Akteuren, die vorhandenen Impulse für eine ökologische Modernisierung aufzugreifen und in die Richtung einer sozial-ökologischen Transformation weiterzuentwickeln. Dafür gibt es durchaus vor dem Hintergrund der Politisierung der Klimafrage und neuer Bündniskonstellationen ein sich öffnendes Möglichkeitsfenster. So stellt etwa Markus Wissen (2020: 459) fest, dass »Debatten über Konversion, Wirtschaftsdemokratie, die Eigentumsfrage, Vergesellschaftung und Infrastruktursozialismus« wieder aufleben. Diese können auch Orientierung stiften für die Vision eines grünen und sozial gerechten Europas.

## Literatur

- Bauhardt, Christine (2019): Business as usual. Die Geschlechterblindheit des Green New Deal. In: *politische ökologie* 37(159): 82-87.
- Brand, Ulrich (2009): Schillernd und technokratisch: Grüner New Deal als magic bullet in der Krise des neoliberal-imperialen Kapitalismus? In: *PROKLA* 156 39(3): 475-481. DOI: <https://doi.org/10.32387>.
- Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) (2020): European Green Deal – Mehr Fassadenbegrünung als Aufbruch in eine neue Zeit. Berlin.
- Deutsche Umwelthilfe (2020): EU-Kompromiss bedeutet Rückschlag fürs Klima. URL: <https://www.duh.de>. Zugriff: 16.12.2020.
- Europäische Kommission (COM) (2019): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Der europäische Grüne Deal. Brüssel.
- Hürtgen, Stefanie (2020): Der Virus kommt nicht von außen. URL: <https://jacobin.de>. Zugriff: 9.11.2020.
- Lange, Steffen / Pohl, Johanna / Santarius, Tilman (2020): Digitalization and energy consumption. Does ICT reduce energy demand? In: *Ecological Economics* 176(106760). DOI: <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2020.106760>
- Lenschow, Andrea/Sprungk, Carina (2010): The Myth of a Green Europe. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 48(1): 133-154. DOI: <https://doi.org/10.1111/j.1468-5965.2009.02045.x>.
- Reckordt, Michael (2019): Dasselbe in Grün. Weltweiter Ressourcenverbrauch und -abbau. In: *politische ökologie* 37(159): 46-52.
- Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix (2020): Corona und die nächste Eurokrise. In: *PROKLA* 199 50(2): 335-344. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i199.1873>.
- Syrovatka, Felix (2019): Resilienz oder die Fortschreibung neoliberaler Krisenbearbeitung. In: *PROKLA* 197 49(4): 597-615. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v49i197.1809>.
- Wissen, Markus (2020): Klimakrise und Klassenkampf. In: *PROKLA* 200 50(3): 441-464. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i200.1900>.